

HITLERS MACHTERGREIFUNG UND DER VERFALL DER DIPLOMATIE

Von Peter Krüger

„Verfall der Diplomatie“ — erweckt es nicht im ersten Augenblick ein gewisses Unbehagen, den Eindruck einer Unangemessenheit, wenn ein derartiges, in der Regel nicht als drängend wichtig angesehenes, scheinbar untergeordnetes Phänomen verknüpft wird mit Hitlers Machtergreifung, mit einem der schicksalsschwersten, folgenreichsten Vorgänge der neueren Geschichte? Daß die Diplomatie, ähnlich der Außenpolitik überhaupt, im 20. Jahrhundert tiefgreifenden Wandlungen unterworfen ist, mag diesem Urteil Vorschub leisten. Denn ohne Zweifel haben die Diplomaten viel von ihrer herausragenden, höchst angesehenen Stellung im alten Europa aufgeben müssen, und der auswärtige Dienst ist der unbestrittenen Kompetenz zur Führung der außenpolitischen Geschäfte verlustig gegangen. Spätestens seit dem Ersten Weltkrieg zeichnete sich ab, daß sich politische und gesellschaftliche Kräfte in rasch zunehmendem Ausmaß an der Bestimmung und Handhabung der Beziehungen nach außen beteiligen wollten. Diese Entwicklung schlug sich nieder in dem beschleunigten Vordringen neuer Faktoren und der Inanspruchnahme neuer Formen in den internationalen Kontakten: auf ihre eigene Kompetenz im auswärtigen Bereich bedachte Ministerien, vor allem Wirtschaft und Finanzen, Parlamente und Parteien, dann Verbände und Interessengruppen, Institutionen aller Art, gelegentlich die Presse, halboffizielle Sonderemissäre und dazu die sprunghaft ansteigende Zahl internationaler Konferenzen und Zusammenkünfte und die Anfänge der Gipfeldiplomatie¹.

Alle diese auch heute noch im vollen Fluß lebendiger Entwicklung verlaufenden Wandlungen wären wirklich imstande, aus Diplomatie eine nebensächliche Randerscheinung zu machen, wenn man Diplomatie im engsten und traditionellsten Verständnis bloß begriffe als Kontakte zwischen den Staaten durch ihre dazu berufenen Vertreter samt ihrer rechtlichen Grundlage und der Regeln, die dabei einzuhalten sind. Aber ein solch eingeschränkter Begriff von Diplomatie reicht schon lange nicht mehr. Man muß ihre Bedingtheit durch die inneren Verhältnisse, Bedürfnisse und Zielsetzungen eines Staates in Betracht

¹ Über die tiefgreifenden Veränderungen siehe Krüger, Peter: Changing structures of the German Foreign Office between the world wars. Beitrag zu einem internationalen Symposium in Rom: *Opinion publique et politique extérieure en Europe*, II: 1915—1940 (erscheint demnächst). — Ders.: *Struktur, Organisation und außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des auswärtigen Dienstes 1921—1933*. In: Schwabe, Klaus (Hrsg.): *Das diplomatische Korps als Elite 1871—1945* (erscheint demnächst).

ziehen, die moderne Ausdehnung des diplomatischen Tätigkeitsbereiches, die außenpolitischen Entscheidungsprozesse bis hin zur diplomatischen Aktion, die Variabilität der Mittel und Methoden, schließlich die Rekrutierung und Ausbildung. Außerdem bleibt die Diplomatie, solange Staaten bestehen, auf Grund der politischen Willensbildung und staatlicher Maßnahmen — gleichgültig, welche Erfordernisse und Interessen dadurch kanalisiert werden — ein besonderer Bereich staatlichen Handelns, der keineswegs den inneren Entscheidungen allein unterliegt, sondern stets mehr oder weniger stark vom Verhalten der anderen Staaten mitbestimmt ist. Sie hat also auch immer die Aufgabe, im Sinne eines über die rein nationalen Belange hinausgehenden Interesses die internationalen Beziehungen in geordneten Bahnen zu halten, damit ständige Kontakte zwischen den Staaten gewährleistet bleiben und die Diplomaten ihrem Metier überhaupt nachzugehen vermögen. Sie sind also fast naturgemäß bestrebt, ein Mindestmaß an internationaler Verständigung aufrechtzuerhalten, und sie müssen diese Grundbedingung notfalls auch gegenüber dem eigenen Land verteidigen.

Damit gewinnt die Diplomatie zwar nicht den unbestrittenen und uneingeschränkten Rang vergangener Zeiten in der Führung der auswärtigen Geschäfte zurück, aber immerhin einen unverlierbaren und weiterhin wichtigen Platz im politischen System. Sie ist infolgedessen heute weder ein abgehobener, gesellschaftlich kaum zugänglicher, vom Geheimnis umwobener Bereich wie früher noch ist sie entbehrlich. Sie gehört zu den wesentlichen politischen Ausdrucksformen einer entwickelten Gesellschaft, vor allem dank der zunehmenden inneren Dynamik und äußeren Verflechtung moderner Staaten, die — eine Sache von wesentlicher Bedeutung — erhebliche Anforderungen an ein adäquates Instrumentarium und Niveau des außenpolitischen Verhaltens stellen. Die Art, wie die Staaten miteinander umgehen, sagt viel aus über ihre politischen Leitlinien, Normen und inneren Zustände, über ihre Zielbewußtheit, Selbstdisziplin und den Stand ihrer Erkenntnis vom Verhältnis zwischen Zielen und Mitteln, kurz über ihre politische Reife.

Es besteht darüber hinaus für Deutsche noch ein besonderer Anlaß, sich diese bemerkenswerten Erscheinungsformen außenpolitischen Verhaltens eingehend bewußt zu machen. Aus verschiedenen Gründen, u. a. wegen des Übergewichts geostrategischen und militärischen Denkens im späten Kaiserreich, galt Diplomatie oft als zweitrangig, als zu schlapp und bei der kräftigen Betonung oder Durchsetzung nationaler Ziele eher hinderlich. Überhaupt versteift man sich in Deutschland gern auf die gelegentlich heftige Diskussion der ganz großen kontroversen Ziele, auf das oft nur vermeintlich Wesentliche der Außenpolitik, während die Methoden, das eigentlich Diplomatische im umfassenden Sinn, weniger Beachtung und Sorgfalt finden. Diese Tradition reicht manchmal bis in die Geschichtswissenschaft hinein, was sich gerade an Hand der Epoche um 1930 zeigen läßt. Auch heute noch wird die Auffassung vertreten, zwischen der Außenpolitik in der Ära Stresemann und derjenigen unter Brüning bestehe insofern kein wesentlicher Unterschied, als die Ziele — die Revision des Versailler Vertrags und die Wiedererringung einer einflußreichen Machtstellung in Europa — gleich geblieben seien und „nur“ die Methoden sich geändert hätten. Es zeigt sich aber, daß der Verfall der Diplomatie

in Deutschland seit 1930, in erster Linie also der Verfall der Methoden, grundlegende Bedeutung hatte, die gesamte Außenpolitik durchdrang und zugleich Zeugnis ihrer tiefgreifenden Veränderung war. Zielsetzungen und Methoden lassen sich hier gar nicht strikt trennen.

In Krisenzeiten liegt allerdings die Gefahr besonders nahe, daß sich der nationalistische Egoismus viel vehementer zur Geltung bringt als üblicherweise und sich die Staaten rücksichtsloser und einseitiger auf die Erfüllung ihrer Forderungen konzentrieren. Infolgedessen geht immer gerade dann ein gutes Stück internationaler Verständigung zu Bruch, wenn es logischerweise am dringendsten gebraucht wird. Die Weltwirtschaftskrise war eine solche Phase²; sie hat beträchtlich zur Zerrüttung des internationalen Systems beigetragen, und der Aufstieg des nationalsozialistischen Deutschland zur schnell wieder verlöschenden Weltmacht zerstörte es vollends.

Hitlers Machtergreifung, Inbesitznahme und Emporgespültwerden zugleich, war kein einmaliger Akt, sondern setzte schon vor 1933 ein. Auch wird man dem historischen Ablauf nicht gerecht, wenn man allein auf das Vordringen der skrupellosen Formen nationalsozialistischer Außenpolitik schaut. Es gab ganz unabhängig davon Entwicklungen in Deutschland, die zum Wandel des außenpolitischen Vorgehens und — je länger die Weltwirtschaftskrise anhielt desto vernehmlicher — zu einer Verschärfung der Lage in Europa führten. Der dafür entscheidende Einschnitt lag im Frühjahr 1930, als die große Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller auseinanderbrach und das erste Präsidialkabinett unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning an die Regierung kam, ein Kabinett, das von vornherein weder als parlamentarisches, von der Mehrheit des Reichstags abhängiges Koalitions-Kabinett konzipiert wurde noch ohne die Stützung durch den Reichspräsidenten und die hinter ihm stehenden Gruppierungen in der Lage war, sich zu halten³. Es bestand die erklärte Absicht, ein vom Reichstag unabhängiges Regierungssystem der gemäßigten Rechten einzuführen, das prononciert jede weitere Regierungsbeteiligung der SPD ausschließen sollte. Die große Koalition hatte von Anfang an — und das galt gerade für die vordringlichen außenpolitischen Probleme und die Budget-Stabilisierung — in dem Bewußtsein und unter dem Druck handeln müssen, daß ihr Scheitern mehr zur Folge haben würde als einen normalen Regierungswechsel: die Republik stand am Scheideweg. Mit buchstäblich letztem Einsatz hatte deshalb die stärkste politische Potenz im Kabinett, Außenminister Stresemann, für den Erfolg dieses Regierungsbündnisses und die Zusammenarbeit seiner Partei, der rechts-liberalen DVP, mit der SPD gekämpft. Der Wechsel von Müller zu Brüning, der am 30. März 1930 die Regierungsgeschäfte übernahm, war schon deswegen eine Zäsur für die Außenpolitik, weil deren innenpolitische Voraussetzungen sich nachhaltig veränderten. Die SPD stellte die

² Becker, Josef / Hildebrand, Klaus (Hrsg.): Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929—1933. München 1980.

³ Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 3. Bd. 4/I, II: Politik und Wirtschaft in der Krise. Quellen zur Ära Brüning. Eingel. v. Gerhard Schulz, bearb. v. Ilse Maurer u. Udo Wengst unter Mitarbeit v. Jürgen Heideking. Düsseldorf 1980, Kap. 1.

wichtigste parlamentarische Stütze der Außenpolitik in der Stresemann-Ära dar⁴, sogar in der Opposition. Der Rückhalt gebenden Gruppierung von der DVP bis zur SPD entsprach die, obgleich nicht unbestrittene, Unterstützung durch wichtige gesellschaftliche Kräfte und ihre Interessenverbände. Sie reichten von den Gewerkschaften bis zur Führung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI), zum Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) und zu den Banken. Maßgebend war das übereinstimmende Interesse am Außenhandel, an weltwirtschaftlicher Verflechtung und an Auslandskrediten. Eine gemäßigte und verständigungsberete Außenpolitik sollte die dafür erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Es handelte sich im übrigen um jene Gruppierungen, die im großen und ganzen der innenpolitisch hart umkämpften Linie des für die Republik lebenswichtigen sozialen und politischen Kompromisses folgten. In der Stresemann-Ära fand infolge all dessen die Republik außenpolitisch zu ihrer eigenständigen, unverwechselbaren Signatur, gestaltete sie Weimarer Außenpolitik im eigentlichen Sinn. Der Übergang in die 30er Jahre war auf manchen Gebieten fließend, nichtsdestoweniger erwiesen sich die Unterschiede als signifikant, wurden schon von den Zeitgenossen, und zwar auch von den deutschen Diplomaten selbst, treffend beurteilt und lassen sich als Verfall der deutschen Diplomatie beschreiben, der dann unter dem Nationalsozialismus noch eine unvorhergesehene, schließlich schreckliche neue Dimension erhielt⁵.

Im folgenden geht es also darum, die Unterschiede und Veränderungen in der deutschen Diplomatie herauszuarbeiten, und zwar an Hand von Beispielen und Charakteristika aus der Ära Stresemanns, dem Anfang der 30er Jahre und der Frühphase des „Dritten Reiches“. Mit Rücksicht auf das Gesamtthema der Tagung scheint mir dabei eine gewisse Bevorzugung der Tschechoslowakei angebracht.

1. Stresemann-Ära und Locarno-Politik

Unter den erwähnten Voraussetzungen läßt sich die deutsche Außenpolitik der 20er Jahre als eine nüchterne Interessenpolitik kennzeichnen, die den Bedürfnissen und Ansprüchen vornehmlich wirtschaftlicher Art entsprach, die Eingliederung eines wieder zur Großmacht aufgestiegenen Deutschen Reiches mit wachsendem Einfluß in ein neues europäisches Konzert gewährleistete und die teilweise Revision des Versailler Vertrags ermöglichen sollte. In der sogenannten Locarno-Politik fand diese Diplomatie ihre klarste Ausprägung⁶. Grundsätzlich betrachtet brachte sie in umfassendem Sinn die außenpolitischen Verhaltensnormen und den Stil jener Jahre zum Ausdruck; auf ihren konkreten Anwendungsbereich bezogen war es eine

⁴ Siehe u. a. Stellungnahmen Hilferdings und Breitscheids: Sozialdemokratischer Parteitag, Magdeburg 1929, Protokoll. Berlin 1929, 167, 170, 195, 197.

⁵ Über Verlauf und Hintergründe deutscher Außenpolitik 1918—1945 siehe mein 1984 erscheinendes Buch über die Weimarer Außenpolitik sowie Hildebrand, Klaus: Deutsche Außenpolitik 1933—1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart 1980.

⁶ Siehe meinen Beitrag zum internationalen Symposium in Berlin zu Ehren von Gordon Craig anlässlich seines 70. Geburtstags: „Deutschland und der Westen“ unter dem Titel: Die ‚Westpolitik‘ in der Weimarer Republik (erscheint voraussichtlich 1984).

Konzeption europäischer Politik mit der betonten Zielsetzung intensivierter Kooperation in Europa, wozu nach neuen Erkenntnissen auch die auf lange Sicht angelegte Vorbereitung einer europäischen Zollunion gehörte. Richtungweisend war der Gedanke des einvernehmlichen internationalen Interessenausgleichs mit dem Schwerpunkt einer weitgehenden Verständigung der beiden für Kontinentaleuropa wichtigsten Staaten Frankreich und Deutschland. Durchaus folgerichtig hing damit zusammen die Förderung friedlicher Streitschlichtung im Rahmen internationaler Organisation, laufende Fühlungnahme und Abstimmung mit den Großmächten in allen wichtigen Angelegenheiten und als notwendige Voraussetzung das geduldige, auf Vertrauenswürdigkeit und Kompromißbereitschaft bedachte diplomatische Vorgehen. Sollte die Gefahr, unglaublich zu sein, wirklich ausgeräumt werden, dann ließ es sich gar nicht vermeiden, die Politik ganz allgemein auf Entspannung und Entschärfung von Konflikten hin anzulegen, ganz abgesehen davon, daß dies im wirtschaftlichen, aber auch im politischen Interesse der Deutschen lag, denn nur so war der Wiederaufstieg des Reiches einigermaßen annehmbar für die anderen Länder und nur so konnte es auch eine angemessene Berücksichtigung seiner eigenen Ziele beanspruchen.

Daß die Entschärfung von Konflikten auch praktiziert wurde, daß in Berlin internationale Solidarität und Verantwortung auch dann berücksichtigt wurden, wenn deutsche Interessen nicht auf dem Spiel standen oder wenn sie zurückgestellt werden mußte, dafür gibt es eine ganze Reihe von Beispielen. Der bedeutende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Carl von Schubert, drückte dies anlässlich der von Italien provozierten Balkankrise 1927, als er den Minister im schwankenden Kabinett auf eine „klare Antwort“ festlegen wollte — „denn wir müssen doch die Linie unserer Politik innehalten“, so sagte er —, folgendermaßen aus: „Es ist doch stets unsere Politik gewesen, auf eine Zusammenarbeit mit den großen europäischen Mächten hinzuwirken. Das haben wir seit Jahren urbi und orbi erklärt. Bei der ersten Sache, durch welche unsere Stellungnahme auf die Probe gestellt wird, können wir uns doch nicht drücken, das würde sehr zweideutig aussehen. [...] Wenn wir nicht mitmachen, so bringen wir uns in den Verdacht, daß wir stets auf eine gemeinsame Mitarbeit dringen, wenn wir eigene Wünsche verfolgen, daß wir uns aber vor einer solchen internationalen Politik drücken, wenn wir eigene Wünsche nicht zu vertreten haben“⁷.

In einem so empfindlichen Punkt nationalen und europäischen Interesses wie dem Anschluß Österreichs erklärte Schubert dem französischen Gesandten in Wien am 25. Mai 1927⁸ in der deutlichen Absicht, daß es nach Paris weitergegeben würde, „der Anschluß sei kein akutes Problem [...]. Auch er sei der Ansicht, daß im übrigen Österreich in seiner jetzigen Gestalt befestigt werden müsse.“ Und noch eine Kleinigkeit ist bezeichnend für die relativ unverkrampfte, die Dinge auch aus der Perspektive der anderen betrachtende Einstellung der führenden Außenpolitiker in jenen Jahren. Als im Februar 1928 der französische Außenminister Briand ge-

⁷ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918—1945 (= ADAP). Serie B, Bd. 5. Göttingen 1972, 64 (25. 3. 1927).

⁸ E b e n d a 432 Anm. 1.

sprächsweise erklärte, die Aufrollung der Anschlußfrage wäre verhängnisvoll und außerdem „unbegreiflich, weil Deutschland Österreich ja ohnehin mehr oder weniger besitze und die Trennung in zwei Staaten eigentlich doch nur formelle Bedeutung habe“, da machte Schubert auf dem diplomatischen Bericht die Randbemerkung: „Eigentlich richtig“⁹. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß Österreich eine Schlüsselposition für den Donaauraum und die Machtverhältnisse in Ost- und Südosteuropa bedeutete; und es spielte eine Rolle, daß sowohl Frankreich als auch die Tschechoslowakei den Anschluß als Bedrohung und einschneidende Veränderung des europäischen Staatensystems auffaßten und unter allen Umständen verhindern wollten. In Deutschland allerdings hätte Schubert es nicht wagen können, seine politische Linie in der Anschlußfrage — Stresemann dachte ähnlich — auch öffentlich bekannt zu machen.

In der Stresemann-Ära blieben die Beziehungen zur Tschechoslowakei durchweg gut. Entspannung und Vertrauen wuchsen, und im Mai 1928 konnte Schubert — Stresemann war erkrankt — beim einzigen Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Beneš in Berlin nicht nur in einem tour d'horizon allgemeine Fragen erörtern, sondern im Rahmen der deutschen Europapolitik und ausgehend von dem engen Verhältnis zu Frankreich auch einen Vorstoß wagen, der Klarheit bringen sollte über Chancen und Bedingungen einer aktiveren Politik Deutschlands in Mitteleuropa, speziell im Donaauraum¹⁰. Er sondierte Benešs Einstellung zu einer in allen drei Ländern lebhaft diskutierten Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Österreich. Erwartungsgemäß reagierte Beneš, indem er auf die unerwünschten politischen Implikationen dieses wirtschaftlich sinnvollen Projekts hinwies, auf das Übergewicht Deutschlands. Damit war ein für die internationale Existenzsicherung der Tschechoslowakei geradezu entscheidender Punkt berührt. Beneš stellte nämlich in voller Kenntnis der vor allem wirtschaftlich damals sich rapide entwickelnden deutsch-französischen Verständigung fest, daß ein solches Arrangement für die Tschechoslowakei nur akzeptabel sei, wenn auch Frankreich als Gegengewicht zu Deutschland beteiligt wäre. Auch später ist Beneš immer wieder auf diesen Gedanken und die Gespräche mit Schubert zurückgekommen, die er als beispielhaft für die Art und Weise hinstellte, in der solche heiklen Dinge zu erörtern seien. Die Aussöhnung und enge Verbindung zwischen Frankreich und Deutschland, das war auch in dieser Hinsicht der springende Punkt der weiteren Entwicklung in Europa. Schubert ist übrigens einer der wenigen unter den führenden deutschen Außenpolitikern gewesen, der ein gutes Verhältnis zu Beneš pflegte, ihn als politischen Partner schätzte und ihm nicht mit jener bornierten Voreingenommenheit gegenübertrat wie etwa der spätere Außenminister von Neurath¹¹.

⁹ ADAP, B VIII, 206 Anm. 3.

¹⁰ Krüger, Peter: Beneš und die europäische Wirtschaftskonzeption des deutschen Staatssekretärs Carl von Schubert. *BohJb* 14 (1973) 320—339. Zum deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis im allgemeinen Campbell, F. Gregory: *Confrontation in Central Europe. Weimar Germany and Czechoslovakia*. Chicago 1975 (wird vom Collegium Carolinum in einer deutschen Ausgabe herausgebracht).

¹¹ ADAP, B IX, 86—88; B XIV, 294 und ADAP, Serie C, Bd. 1. Göttingen 1971, 66.

Beneš Hinweis war nicht unvereinbar mit der Grundlinie der deutschen Außenpolitik damals. In dem übereinstimmenden Interesse an einem weitreichenden deutsch-französischen Zusammengehen als Voraussetzung der meisten übrigen Entwicklungen¹² bildete sich eine zukunftsweisende Gemeinsamkeit, die durchaus als Brücke zwischen Prag und Berlin dienen konnte. So lästig und manchmal seinen Unmut erregend für Beneš selbst die in Kauf zu nehmende Dominanz der Großmächte dabei auch sein mochte: diese Vorstellung, die Tschechoslowakei einzufügen in eine von Frankreich und Deutschland als Kern gebildete engere oder weitere, wirtschaftlich fundierte Staatenverbindung in Europa, war unter den Auspizien der Locarno-Diplomatie eine der ganz wenigen realistischen Lösungen für das Problem einer langfristigen tschechoslowakischen Existenzsicherung; und darin lag im Kern sogar die Lösung eines bis heute offenen Problems, wie man nämlich sinnvollerweise und im Ausgleich der unterschiedlichen Interessen eine Verklammerung zwischen West- und Osteuropa, insbesondere dem Donauraum, herstellen könnte.

2. Deutsche Diplomatie in der Weltwirtschaftskrise

Unter Brüning wurde das deutsche Vorgehen spürbar härter, der Verfall der Diplomatie begann, und die erneute Phase eines sich bis in die alltägliche Politik hinein Bahn brechenden rigorosen Nationalismus führte dazu, daß bald jede einzelne diplomatische Maßnahme auch — manchmal sogar in erster Linie — unter dem Gesichtspunkt erwogen wurde, welches wohl ihre Wirkung in der erkennbar das Übergewicht erlangenden nationalistischen Öffentlichkeit sein werde. Im Zuge der allgemeinen Tendenz nach rechts, dem ständigen Schielen nach der stets um ein Stück radikaleren extremen Rechten, gewöhnte sich der auswärtige Dienst seit der Reichstagswahl vom 14. September 1930, dem ersten ganz großen Erfolg der NSDAP, allmählich daran, auch diese politische Kraft zu berücksichtigen. Es war ein gleitender Vorgang der teils unbewußten, teils begrüßten Anpassung an neue Verhältnisse, bis es 1933 keinerlei abrupten Einschnitt für den auswärtigen Dienst mehr gab. Die tiefe Zäsur von 1933 bleibt davon unberührt; auch trat die radikal andere außenpolitische Zielsetzung Hitlers zunächst nicht zutage.

Neue Leute waren schon seit 1930 in führende Positionen gerückt, die vorher keinen so maßgeblichen Einfluß ausüben konnten — wie von Neurath, von Bülow, von Weizsäcker —, allesamt ausgesprochene Kritiker und Gegner der Locarno-Politik und überhaupt der Politik Stresemanns. Sie wollten eine Änderung der Außenpolitik haben und halfen nach Kräften, sie herbeizuführen. Man lobte, wie etwa Weizsäcker, die neue nationale Welle und „als Folie“ die Nationalsozialisten,

¹² ADAP, B VIII, 324—27 (12. 3. 1928); B XVII, 103—05, 113 (23. 3. 1931), 172—78 (4. 4. 1931). — Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (= PA). St. S. Fab, Bd. 17 (Breitscheid 5. 9. 1928). — Sonderreferat Vbd, Allg. B, 1 b, Weltverband der Völkerbundgesellschaften, Bd. 6 (Bericht 26. 10. 1928 über die Tagung des Weltverbandes in Prag). ADAP, B IX, 236 f., 389 f. (26. 6., 9. 7. 1928). — Schubert zeigte demnach in der Folgezeit Verständnis und eine teilweise Übereinstimmung mit der Position Benešs.

solange sie „nur randalieren und die Regierung zur politischen Aktivität treiben“, und man zog sehr deutlich die Grenze zwischen der „Erfüllungspolitik“ bisher und der künftigen Revisionspolitik. Der Minister selber, Curtius, ging voran, übte sich im „Kunst-Turnen auf der patriotischen Bühne“ (so sarkastisch Weizsäcker)¹³ und rieb den Vertretern des Auslands ständig nationale Forderungen, Proteste und Einwände unter die Nase, beharrte engstirnig auch in Kleinigkeiten auf dem deutschen Standpunkt und trat in Gesprächen jeder abweichenden Meinung oder gar Kritik in penetranter, gelegentlich rechthaberischer Weise entgegen¹⁴.

Die Locarno-Politik war völlig tot, und sofort nach dem nationalsozialistischen Wahlerfolg 1930 wurde festgelegt, daß von Verständigungspolitik ebenfalls nicht mehr gesprochen werden sollte¹⁵. Von ihr konnte in der Tat keine Rede mehr sein. Einer, der sie geradezu verkörpert hatte, der herausragendste deutsche Botschafter zwischen den Weltkriegen, Leopold von Hoesch, zog in Paris schon im November 1930 Bilanz¹⁶. Das Verhalten der Reichsregierung habe auch in Frankreich die Erkenntnis gefördert, „daß wir am Beginn eines neuen Abschnittes der deutsch-französischen Beziehungen stehen, und daß die im Frühjahr 1924 begonnene Periode zum Abschluß gekommen ist. Wir werden uns auch unsererseits dieser Erkenntnis nicht verschließen können. Während Deutschland und Frankreich bisher unter sorgfältiger wechselseitiger Schonung, insbesondere mit Bezug auf öffentliche Kundgebungen, bemüht waren, eine Atmosphäre herzustellen und zu wahren, unter deren Schutz sie in einem sehr weitgehenden Vertrauensverhältnis gewisse Ziele zu erreichen suchten, sind sie nunmehr wieder auf den Weg der öffentlichen Polemik gekommen.“ Das deutsch-französische Einvernehmen, Kernstück der Locarno-Politik, war zerrissen, die Diskrepanzen und Kontroversen nahmen laufend zu. Auch im Völkerbund isolierte sich Deutschland und trat meist nur dadurch hervor, daß die Delegation den übrigen Mitgliedern Ärgernisse aufzischte. Es enthüllte den diplomatischen Verfall im Grunde schonungslos, wenn Curtius froh sein mußte, daß zu einzelnen fremden Delegierten gute Kontakte bestanden¹⁷.

Die Veränderungen in Deutschland, der allmähliche Untergang der Republik, die zunehmende Verhärtung und Radikalisierung der gesamten Politik als Folge der schweren inneren Erschütterungen und der wirtschaftlichen Not bewirkten nicht nur einen außenpolitischen Wandel, sondern auch einen bedenklichen Wechsel in der Bewertung innerer Krisen. Müller und Stresemann hatten sie noch um fast jeden Preis vermeiden wollen. Brüning gewöhnte das Auswärtige Amt daran, gerade aus der Krise Nutzen zu ziehen. Der Gegensatz zur Auffassung, die Ende der 20er Jahre in der großen Koalition herrschte, zeigte sich in aller Schärfe, als

¹³ Hill, Leonidas (Hrsg.): Die Weizsäcker-Papiere 1900—1932 [I]. Berlin 1982, 412, ferner 371, 376, 380, 388. — Ders. (Hrsg.): Die Weizsäcker-Papiere 1933—1950 [II]. Berlin 1974, 66. — Heinemann, John: Hitler's first foreign minister. Berkeley 1979, 29, 48.

¹⁴ Viele Beispiele in ADAP, B XV—XVIII. — Siehe auch Campbell 1975, 219.

¹⁵ ADAP, B XV, 527.

¹⁶ ADAP, B XVI, 184.

¹⁷ Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II. Bearb. v. Tilman Koops. Boppard 1982, 1111 f. — Hill I 1982, 421.

Anfang 1933 Staatssekretär von Bülow tatsächlich zufrieden äußerte, die inneren Wirrnisse seien der Außenpolitik des Reiches gar nicht schlecht bekommen¹⁸.

Das von Bülow Anfang 1933 in einer pointierten Formulierung aufgedeckte neue Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik enthüllte die Kluft, die sich innerhalb weniger Jahre gegenüber der außenpolitischen Einstellung der Stresemann-Ära aufgetan hatte und Schritt für Schritt in der Absicht erweitert worden war, Abstand zu dieser Ära zu gewinnen. Etwa die bald alles überschattende reparationspolitische Debatte in Deutschland von 1927/28 — intern und öffentlich — ließ im Rückblick die Unterschiede markant hervortreten. Damals beeinflusste die Rücksicht auf politischen und gesellschaftlichen Ausgleich und auf konsolidierende Prosperität die Außenpolitik. Diese Behutsamkeit, so schwere Anfeindungen sie auch hervorrief, wurde nicht nur von den Linksparteien und Gewerkschaften, sondern auch von maßgebenden Kreisen in Industrie, Handel und Banken befürwortet. Sie war bestimmend für eine Politik der Krisenvermeidung und des Kompromisses nach innen und außen und hatte zum letzten Mal Erfolg in der weit über sich hinausweisenden Reparationslösung des Young-Plans. Demgegenüber setzte sich danach, vornehmlich in dezidiertem Bekämpfung des Young-Plans, die bald einhergehend mit dem Abrücken von liberaler weltwirtschaftlicher Verflechtung und internationaler Zusammenarbeit, eine wachsende, keineswegs mehr an konzessionsbereitem Interessenausgleich orientierte Einseitigkeit im Innern wie in der Außenpolitik durch. Auch diese Verengung war latent schon längst vorhanden.

Eines der bemerkenswertesten Zeugnisse für dieses Streben nach einer neuen Diplomatie bietet eine offenbar in der hohen Reichsbürokratie verteilte lange Denkschrift vom 5. September 1928 über deutsche Außenpolitik¹⁹, über deren Verfasser ich mir noch nicht im klaren bin, in der aber die spätere Einseitigkeit außenpolitischen Denkens und Handelns mit dem Bewußtsein konzipiert wurde, daß sich in der Verständigungs- oder Locarno-Politik das Haupthindernis, das zu bekämpfende Übel am deutlichsten zeige. Einseitigkeit und größere Rücksichtslosigkeit in der Durchsetzung nationalistischer Interessen, Befreiung von eingebildeten oder tatsächlichen Bindungen und größere Handlungsfreiheit auch im Sinne einer Unkalkulierbarkeit, die bessere und raschere Erfolge zu versprechen schien: das war die Gegenvorstellung. Die Locarno-Politik, die auf dem Prinzip der Interessenvertretung durch Entspannung und Aushandeln einvernehmlicher Regelungen beruhte, wurde im Vorgriff auf die schreckliche, unversöhnliche Demagogie der 30er Jahre denunziert als eine Diplomatie des Verzichts und der „Völkerbunds-Phraseologie“ von Frieden und Recht, mit der man den anderen Mächten nachlaufe, nur atmosphärische Verbesserungen erreiche — als ob das gar nichts wäre —, den Interessen Frankreichs und Englands zuarbeite und ihrem Ruhebedürfnis entgegenkomme. Nur im Zeichen der Krise sei Deutschlands außenpolitische Stellung stark, sei es in der Lage, Druck auszuüben — im Grunde bis zur Erpressung der anderen — und eine einheitliche innere Front zu schaffen. Diese Einseitigkeit mußte auf Kosten des Auslands und der internationalen Kooperation gehen. Und auch folgen-

¹⁸ PA, St. S. Pol. B, Bd. 10 (Bülow an Trautmann 6. 1. 1933).

¹⁹ Institut für Zeitgeschichte, München, Nl. Schäffer, ED 93, Box 9, Bd. 28, 112—139.

der Gedankengang setzte sich in den 30er Jahren immer vernehmlicher durch, Ausdruck des Willens zur freien Hand, zum überraschenden Coup, zur Unkalkulierbarkeit: Die Frage nämlich, welche andere Konzeption denn an die Stelle der Locarno-Politik treten solle, sei „völlig verfehlt und abzulehnen“, weil die Locarno-Politik das „Ende jeder Politik“ bedeutet habe; schon allein ihre Abschaffung sei der entscheidende Schritt und ermögliche eine Position, aus der heraus die Reichsregierung die jeweils sich bietenden Chancen unverzüglich und ohne lästige Bindungen nutzen könne. Opfermut, Würde und einheitliches außenpolitisches Denken und Wollen müßten wieder Gedankenlosigkeit, Parteihader, Pazifismus und fortgesetzte Lügen über Deutschlands wahre Stellung verdrängen. Die inneren Spannungen sollten abgebaut werden, die äußeren wachsen; das brauche Deutschland, denn Deutschland sei erst dann wieder ein politischer Faktor, wenn es ein ernsthaftes europäisches Problem darstelle und Europa in Bewegung und Unruhe geraten sei. Das geschah während der Weltwirtschaftskrise schnell und ausgiebig, und daß die deutsche Außenpolitik auf diese riskante Weise in der Tat gewisse Erfolge erzielte, ließ sich nicht leugnen.

Bei all diesen Vorgängen handelte es sich nicht mehr bloß um einen Wechsel der Methoden — so bedeutsam das an sich schon gewesen wäre — und erst recht nicht bei den substantiellen Änderungen der deutschen Außenpolitik unter Ausbeutung der verschiedenen Formen der Krise in Europa. Die Neuorientierung der bis dahin liberalen Handelspolitik im Sinne eines drastisch verstärkten Protektionismus und einer intensiveren Konzentration auf den Binnenmarkt sowie die beginnende Umleitung der Handelsströme nach vorwiegend politischen Gesichtspunkten lieferte dafür eindrucksvolles Anschauungsmaterial. Die neuen Möglichkeiten für die Deutschen, vor allem im Donauraum, wurden nachhaltig begünstigt durch die alarmierende Verschärfung der osteuropäischen Agrarkrise. Deutschland bot sich als überlegener Abnehmer mit dem aufnahmefähigsten Markt an und erlangte die Basis für eine forcierte Wiederaufnahme der traditionellen Mitteleuropa-Politik im Südosten. Neben dieser weniger spektakulären Methode mit Hilfe der Außenwirtschaftspolitik, die unter Hitler energisch fortgesetzt wurde, verfiel das Auswärtige Amt aber auch auf direktere und beunruhigende Maßnahmen, vor allem in dem rücksichtslosen Versuch, eine Zollunion mit Österreich herzustellen — der eigentliche Sündenfall der deutschen Außenpolitik, der besonders in Frankreich und in der Tschechoslowakei tiefe Beunruhigung, heftige Proteste und weitgehende Gegenmaßnahmen auslöste. Denn es handelte sich um einen der empfindlichsten Punkte des europäischen Staatensystems, eine Schlüsselposition für den Einfluß im Donauraum und für die ausdrückliche deutsche Zielsetzung, die Tschechoslowakei in den deutschen Machtbereich zu ziehen und Polen zum Zwecke späterer Grenzrevision durch konzentrischen Druck zu isolieren. Dabei wurden von nun an auch engere Kontakte zu den anderen revisionistischen Mächten im Südosten, Italien und Ungarn, interessant²⁰. Sie schienen der unruhigen, auf beschleunigte Erfüllung

²⁰ Petersen, Jens: Italien und Südosteuropa 1929—1932. In: Becker / Hildebrand 1980, 395 f., 400. — Grundsätzlich: ADAP, B XVII, 219 f. (Bülow 15. 4. 1931). — In einer Aufzeichnung aus dem Auswärtigen Amt, etwa von Anfang 1933, über den Donauraum und die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Kleinen

ihrer Ansprüche drängenden, aber zunehmend mit Mißtrauen betrachteten deutschen Diplomatie neue Chancen zu bieten. Trotz gewisser Warnungen hatte man in Berlin mit dem Zollunions-Projekt zugleich voller Absicht die Bestrebungen vollendet, den Europaplan Briands vom Mai 1930 zu Fall zu bringen. Als das ganze Unternehmen im März 1931 durch Indiskretionen an den Tag kam, erwies sich darüber hinaus, daß die Reichsregierung die Zollunion insgeheim vorbereitete und überraschend abschließen wollte; von Konsultationen und einvernehmlichem Vorgehen war keine Rede mehr. Die Verständigungspolitik der 20er Jahre war nur mehr ein Scherbenhaufen.

Für die nur noch wenigen bedeutenden Vertreter einer Diplomatie der Verständigung begannen bittere Zeiten. Zu den ohnehin schon spürbaren Rückschlägen kamen nun noch die wenig schmeichelhaften Vergleiche des deutschen Vorgehens wegen der Zollunion mit der übel beleumundeten Vorkriegsdiplomatie des Kaiserreichs. Sie machten das ganze Ausmaß des Rückschlags deutlich. Französische Außenpolitiker erinnerten an den „Agadir-Coup“ von 1911, aber auch an Rapallo 1922. Beneš zeigte sich ebenfalls tief betroffen über die neue Politik der Überraschungen und des *fait accompli*²¹. Mehrfach kam er auf das Gegenbeispiel seiner Gespräche mit Schubert 1928 zurück und hielt besonders den Deutschen die Bedeutung der Locarno-Politik vor, zu der Europa zurückkehren müsse²². Er erkannte die infolge des deutschen Vorgehens plötzlich angestiegene Gefährdung der internationalen Position seines Landes und die geradezu existentielle Bedeutung der deutsch-französischen Verständigung. Wenn die Tschechen vermeiden wollten, in deutsche Abhängigkeit zu geraten, mußten sie — wie Beneš es seit jeher tat — eine Politik der kollektiven Sicherheit, der Stärkung des Völkerbunds und der europäischen Zusammenarbeit betreiben, um einander gegenüberstehende Bündnisgruppen und die wachsende Macht und Bewegungsfreiheit eines seiner Bindungen und Verpflichtungen ledigen Reiches zu vermeiden. Eine solche Politik hatte, mochte sie auch im allgemeinen durchaus einleuchten, kaum mehr eine Chance, denn auch von Deutschland einmal abgesehen fand sie in den 30er Jahren immer weniger Anhänger.

Zu den Verfallserscheinungen deutscher Diplomatie gehörte schließlich die Tatsache, daß sich ein konkretes und langfristiges, diplomatisch kontinuierlich vertretbares Programm der Außenpolitik immer mehr verflüchtigte. Die wechselnden Einflüsse der sich verschärfenden, schließlich überschlagenden inneren Entwicklung,

Entente kam die Politik der Einfluß- und Machterweiterung im Südosten, die in den 30er Jahren kontinuierlich betrieben wurde, gut zum Ausdruck: „Es ist freilich klar, daß der Ausbau unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Staaten nicht ganz unabhängig sein kann von ihrer Stellungnahme in Lebensfragen der deutschen Politik.“ Sie mußten sich von Frankreich „selbständig machen“, dann könnten die wirtschaftlichen Beziehungen zum Reich sich so „gestalten, wie es das beiderseitige Interesse wünschen läßt“. PA, Handakten Ritter, Donauföderation, Bd. 2. Siehe auch den Rundverlaß vom 30. 4. 1937; ADAP, C VI, 742—745. Außerdem Schröder, Hans-Jürgen: Deutsche Südosteuropapolitik 1929—1936. Geschichte und Gesellschaft 2 (1976) 5—32.

²¹ ADAP, B XVII, 149, 172, 298.

²² PPr v. 1. 11. 1931.

bis Hitler an die Macht kam, wirkten sich destruktiv auf eine klare, zuverlässige Linie aus. Die vage, allgemeine Konsens- und Mobilisierungsformel von der Revision des Versailler Vertrags kann nicht als ausreichender Ersatz gelten. Daher verstärkte sich zugleich die Tendenz, sich nicht festzulegen und auf günstige Gelegenheiten für Gewinne zu warten, ein außenpolitisches Verhalten, welches Hitler nach 1933 geradezu zu einem Prinzip erhob, das seinem Wesen und Denken entsprach. Allerdings sprach eine solche Einstellung fortgeschrittenen Begriffen von Diplomatie Hohn. Noch einmal sei Hoesch zitiert. Er entdeckte jene Unklarheit der Grundsätze und Konzeptionen schon Anfang 1931 in bezug auf eine der kritischsten Fragen der Zeit, an der sich entscheiden mußte, ob Deutschland zu einer der bedrohlichsten Mächte Europas werden würde, nämlich in der deutschen Abrüstungspolitik. Am 16. Januar 1931 schrieb er an Bülow: „Die ganze gegenwärtige heimische Einstellung zu dem Militärproblem ist meiner Auffassung nach schief, unzweckmäßig und geht von falschen Voraussetzungen aus. Die verschiedenen Tendenzen und Ziele gehen durcheinander und überschneiden sich, ebenso wie die sonstigen verschiedenen Petita unserer Politik. Mein nach Klarheit strebender Kopf leidet unter einem solchen Zustand der Wirrnis, und er leidet insbesondere [...] unter der Unmöglichkeit des gegenwärtigen Augenblicks, System, Logik und Erkenntnis in unsere Bestrebungen hineinzubringen.“ Und noch beschwörender am 31. Januar 1931: „Wir alle sehen wohl mit Besorgnis der Entwicklung entgegen, die sich aus der Weiterbehandlung des Entwaffnungsproblems ergeben kann und die uns in schwere Konflikte führen, unseren politischen Weg umgestalten und schließlich zu einem neuen Wettrüsten mit allen seinen Konsequenzen führen könnte. Diesen Gefahren gegenüber sehe ich nur einen Weg vorgezeichnet, nämlich den des unbedingten Weiterverfolgens der Idee der allgemeinen Abrüstung“²³.

3. *Diplomatie unter nationalsozialistischer Herrschaft*

Während der Anfangsphase nationalsozialistischer Herrschaft blieb dem auswärtigen Dienst vornehmlich die Aufgabe, die internen Vorgänge bei der Konsolidierung der nationalsozialistischen Macht und bei der militärischen Stärkung abzuschirmen, später nur noch die Funktion des ausführenden, gelegentlich bremsenden Helfers. Es gab bis in die Ära Weizsäckers, der 1936 nach der Reorganisation des Auswärtigen Amtes die neue Politische Abteilung übernahm und 1938 Staatssekretär wurde, durchaus Konzeptionen, die übrigens letzten Endes nicht ohne Rückgriff auf gewisse Elemente des Locarno-Modells auskamen, es gab Ansätze und Einfluß im Detail²⁴ und es gab Hoffnungen, aber schon 1933 zeichnete sich ab, daß Hitler die wichtigen Entscheidungen selber traf, ohne sich im Hinblick auf seine Pläne in die Karten sehen zu lassen. Es trog die Erwartung, daß die Diplomaten

²³ ADAP, B XVI, 413, 505.

²⁴ Michalka, Wolfgang: Joachim von Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933—1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich. München 1980. — Blasius, Rainer: Für Großdeutschland — gegen den großen Krieg. Staatssekretär Ernst Frhr. von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39. Köln-Wien 1981.

und das Auswärtige Amt das Heft in die Hand bekommen könnten, weil sie unentbehrlich wären für die unerfahrene und im Ausland auf Mißtrauen und Ablehnung stoßende nationalsozialistische Führung. Darüber mochten in den ersten Jahren die in der Phase der Schwäche unerläßliche außenpolitische Vorsicht Hitlers und das praktisch unangetastete Fortbestehen des traditionsreichen auswärtigen Dienstes hinwegtäuschen. Für Hitler war es jedoch überflüssig, ihn umzugestalten. Der auswärtige Dienst war für die untergeordneten Aufgaben des formalen diplomatischen Verkehrs in seiner überkommenen Form weitaus am besten geeignet und strahlte immer noch Solidität und Expertenschaft aus; wirklichen Einfluß hatte er aber kaum noch. Weizsäcker zog Anfang 1937 das Fazit einer längeren Entwicklung, die schon unter den Präsidialkabinetten allmählich eingesetzt hatte: „Da dem Auswärtigen Amt der Lebensnerv, nämlich die eigentliche Verantwortung für die wichtigeren politischen Fragen je länger je mehr entzogen [...], wird das Denken und Handeln des Auswärtigen Amtes tastend, inkonsequent und schwächlich“; es sei von der Regierungsmaschine abgekoppelt und sein Verfall drohe sich fortzusetzen²⁵. Davon konnte in der Stresemann-Ära, unter der Leitung eines verantwortlichen parlamentarischen Ministers, keine Rede sein.

Natürlich stellte sich allenthalben die Frage nach dem Verhalten der deutschen Diplomaten gegenüber dem Nationalsozialismus und seiner Politik, allein schon im professionellen Sinne der Durchführbarkeit einer vernünftigen, vertrauenerweckenden Außenpolitik. Aber schon der Verlauf der ersten Monate nach dem 30. Januar 1933 ließ keinen Zweifel daran, daß weder die inneren Verhältnisse in Deutschland dementsprechend zu beeinflussen waren noch das Mißtrauen im Ausland überwunden werden konnte. Beneš, der schon im Februar 1932 mit dem richtigen Gespür erklärt hatte, in Deutschland entscheide sich der weitere Weg Europas, stellte ein Jahr später fest, die Reichsregierung wolle die Abrüstungsbemühungen zunichte machen; den Weg zum Frieden, wie er in der Locarno-Politik vorgesehen sei, habe Deutschland abgebrochen²⁶. Im Herbst 1933 zeigten sich die Tschechen zutiefst beunruhigt über die radikal nationalistischen, z. T. zügellosen Töne aus dem Nachbarland, die die Außenpolitik durch Demagogie und Propaganda zu ersetzen drohten. Die tschechoslowakische Regierung vermochte keine klare Linie in der deutschen Diplomatie zu erkennen. So entstand das bedrückende Gefühl, „daß in Deutschland früher oder später eine gewaltsame Explosion nach außen eintreten könne“ und sich als erstes „in furchtbarer Weise gegen die Tschechoslowakei entladen werde“²⁷. Nach einer Reihe weiterer Erfahrungen führte dieses Gefühl im April 1936 zu einer sorgenvollen, aber zutreffenden Betrachtung Benešs, der das eigentlich Bedrohliche darin sah, „daß die Atmosphäre sich weder entlade noch entspanne, daß also der lastende Druck der Ungewißheit weiter über Europa schwebe“²⁸. Dies war genau das, was Hitler wollte und ihm, da niemand etwas Durchgreifendes zu unternehmen wagte, die besten Chancen bot. Der Gang der

²⁵ Hill II 1974, 110, ferner 120 f.

²⁶ Storch, Thomas: Die Beurteilung der nationalsozialistischen ‚Machtergreifung‘ 1933 durch die tschechoslowakische Regierung. *BohJb* 18 (1977) 290–300.

²⁷ ADAP, C I, 792.

²⁸ ADAP, C V, 362.

Ereignisse endete schließlich damit, daß über die Tschechoslowakei nur noch zwischen Deutschland und der Sowjetunion entschieden wurde. Aus dieser unheimlichen Bedrohung, die von Deutschland ausging, resultierte zweifellos ein Tiefstand der deutschen Diplomatie, denn sie konnte unter solchen Umständen nur noch nichtsagend oder irreführend oder oppositionell-verschwörerisch sein.

Wie also verhielten sich die deutschen Diplomaten? Das wäre zwar ein anderes gewichtiges Thema, aber abschließend sind ein paar Bemerkungen dazu angezeigt. Von fünf hauptsächlichen Verhaltensweisen kann man ausgehen: Reiner Opportunismus oder reine nationalsozialistische Überzeugung; Anpassung aus welchen Gründen auch immer — worunter sich sogar ein paar ehrenwerte befinden; im Dienst bleiben, um gegensteuern zu können; den Dienst quittieren aus politischen und moralischen Überzeugungen; und schließlich, bisher in der Forschung als besondere, zu differenzierende Gruppe vernachlässigt, diejenigen, die den Dienst aus sozusagen professionellen Gründen quittierten, weil ihre Auffassung von Diplomatie oder diplomatischer Aufgabe auf einem bestimmten Posten sich nicht mehr verwirklichen ließ. Während unter den Spitzendiplomaten nur einer zur vierten Gruppe zählte, nämlich der Botschafter in Washington von Prittwitz und Gaffron, der aus republikanischer Überzeugung zurücktrat, gehörte die Mehrheit des auswärtigen Dienstes zur zweiten Gruppe, zu denen, die sich auf Grund ganz unterschiedlicher Einstellungen anpaßten, und sei es aus dem Ethos der Pflichterfüllung heraus oder unter Druck. Von den Auswirkungen auf die Diplomatie her betrachtet, gehören in diesen Zusammenhang sogar diejenigen, deren Einordnung zuzeiten schwankend ist, wie etwa Bülow oder Weizsäcker.

Bülow neigte 1933 zur letzten Gruppe, deren Paradebeispiel Nadolny²⁹ ist, der nach seiner Ernennung zum Botschafter in Moskau Auffassungen über die Rußlandpolitik zur Geltung bringen wollte, die mit Hitlers Vorstellungen unvereinbar waren, und deshalb 1934 zurücktrat. Auch Bülow traf aus professionellen Gründen Vorbereitungen für seinen Abschied, sogar ein Abschiedsgesuch mit Begründung wurde formuliert, doch niemals abgeschickt; denn, wie er einmal gesagt haben soll, man lasse sein Land nicht im Stich, weil es eine schlechte Regierung habe³⁰. Das Bestreben, Schlimmeres zu verhüten — so problematisch sich diese Haltung auch erweisen mag — und dem Dienst an Staat und Nation Vorrang zu geben, war übermächtig. Zugleich steht man hier am Übergang zu jener kleinen Gruppe, die blieb, um gegensteuern zu können. Weizsäcker wuchs seit 1938 in diese Gruppe hinein, aber auch bei ihm ging es niemals bis zur bedingungslosen Gegnerschaft gegen das nationalsozialistische System, und nur sie hätte wirklich die Voraussetzung für den Wiederaufstieg und eine neue Sinnggebung in der Diplomatie geboten.

Was also die Spitzendiplomaten im Dienst hielt, läßt sich nicht auf eine kurze Formel bringen. Es gibt aber dabei ein Phänomen, das für die Erklärung des Verfalls deutscher Diplomatie bedeutsam erscheint. In einer abschließenden Würdigung

²⁹ Wollstein, Günter: Rudolf Nadolny — Außenminister ohne Verwendung. VfZ 28 (1980) 47—93.

³⁰ Krüger, Peter / Hahn, Erich J. C.: Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933. VfZ 20 (1972) 376—410.

dieses Verfalls ergänzt es dessen umfassendere Erklärung durch den so wesentlichen Einfluß der innenpolitischen Veränderungen, von denen ein nachgeordnetes, auf Weisung hin arbeitendes Subsystem wie der auswärtige Dienst stets abhängig bleibt. Einen wichtigen Hinweis auf jenes Phänomen gibt eine bemerkenswerte Stelle aus einem Brief des bekannten Botschafters von Dirksen vom 4. März 1933: „Jedenfalls haben wir Berufsbeamten ganz besonders die Aufgabe, der nationalsozialistischen Bewegung die Eingewöhnung in die Regierung nach Möglichkeit zu erleichtern. Wir brauchen Ruhe und Beständigkeit in unserer inneren Politik [...]“³¹. Weizsäcker beleuchtete in grundsätzlichen Äußerungen zwischen 1933 und 1937 einige der Prämissen und Konsequenzen dieser Einstellung noch deutlicher: Er sah, ähnlich wie Dirksen, im Nationalsozialismus die wichtigste, innere Konsolidierung bringende und durchaus auch erhaltenswerte Leistungen vorweisende politische Kraft. Dies sollte die Basis sein für eine mit Augenmaß betriebene, gelegentlich vom Erschrecken im Ausland vor den Umwälzungen und der Gefährlichkeit Deutschlands profitierende Ausdehnung der Machtstellung des Reiches in Europa³².

Für Bülow, über dessen Haltung schon einiges gesagt wurde, gilt ähnliches. Bei ihm als einem für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Mitverantwortlichen wird schließlich noch ein weiteres wichtiges Merkmal dieses Phänomens des Ausharrens im Dienst deutlich: Neben dem auch seelisch nie verwundenen Schlag der Niederlage von 1918 und des Versailler Vertrags der unbedingte Wille, zu verhindern, daß die inneren Erschütterungen und die Abneigung des Auslands gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland zur Schmälerung seiner internationalen Position führten. Deshalb legte er nach außen oft eine harte, rigorose und völlig unzugängliche Haltung an den Tag. Wegen der Bedeutung Englands in den 30er Jahren und wegen der treffenden Beobachtungen sind die Beurteilungen des britischen Botschafters in Berlin Phipps von besonderem Interesse. Bülow wird von 1932 bis zu seinem plötzlichen Tod 1936 nicht als unbedeutend, aber stets als Mann der Obstruktion und des Standpunkts: „keine Konzession mehr!“ gesehen, und der Eindruck anderer Botschafter, er sei „consistently unhelpful, if not aggressive“, wird bestätigt. Phipps führte das nicht zu Unrecht darauf zurück, daß gerade Bülow den Rückschlag des Pendels von Stresemanns Erfüllungspolitik verkörpere und Hitler ihn schätze wegen seiner harten Haltung — mochte sie auch zum Teil vorgeschoben sein — und wegen seiner Vorliebe für eine Politik, „which has a ‚punch‘ in it“, wobei Phipps übrigens ausdrücklich auf das Zollunionsprojekt mit Österreich hinweist³³.

Es stellt sich also heraus, daß die Sicherung und der Ausbau der Machtstellung Deutschlands, die Stärkung und machtvolle Entwicklung der Nation nach dem Tiefpunkt der Nachkriegszeit für die Spitzenbeamten des auswärtigen Dienstes

³¹ PA, Handakten Hencke: Kiew, Briefwechsel mit Dirksen, Schulenburg, Eisenlohr, Tiplerskirch, Scheffer.

³² Hill II 1974, 61, 69, 96, 109.

³³ Public Record Office, London, F. O. 371, C. 8037/478/18, vol. 17 756 (22. 11. 1934) und F. O. 371, C. 145/145/18, vol. 19 938 (7. 1. 1936). Ich danke meinem Kollegen John P. Fox für die Beschaffung der Dokumente.

Vorrang vor anderen Erwägungen genoß und zusammen mit dem abstrakten Ethos des Dienstes am Staat wesentlich dafür war, daß diese Behörde nicht völlig gezwungenermaßen sich weiterhin zur Verfügung stellte und ein nützliches Instrument der Hitlerschen Außenpolitik wurde. Ein Wandel in den Grundsätzen hatte sich im auswärtigen Amt schon vor Hitler vollzogen, und zwar im Sinne einer Abkehr von der Verständigungspolitik und einer Bevorzugung einseitigen, nationalistischen Vorgehens mit zunehmender Ungeduld der Ansprüche, deren Erfüllung auch als innenpolitisch unaufschiebbar bezeichnet wurde. Es war die Angespanntheit des spät aufgestiegenen, seiner nationalen Identität nicht ganz gewissen, über bedeutende Kräfte und Ressourcen verfügenden preußisch-deutschen Machtstaats, die sich hier auswirkte. Auch in der Entwicklung der Diplomatie von der Stresemann-Ära zu den 30er Jahren schlug sich nieder, wie ungeheuer schwer man sich in Deutschland tat, für diesen hochentwickelten, weltwirtschaftlich verflochtenen Industriestaat, der eben keineswegs von allen akzeptiert wurde, nach innen und außen politische Zielsetzungen und Verhaltensweisen zu begründen, die den strukturellen Gegebenheiten und seinen besonderen modernen Bedürfnissen und Interessen angemessen waren.

Der Krieg gehörte nicht zu den Zielen Bülow's oder Weizsäcker's; sie waren von tiefen Zweifeln bewegt und mit vielem nicht einverstanden. Das Fazit indessen ist aber doch, daß es für sie und die allermeisten ihrer Kollegen nicht in Frage kam, etwa um der Beseitigung des nationalsozialistischen Systems willen eine Einbuße in der äußeren Stellung des Reiches hinzunehmen und sich der Aufgabe zu verweigern, an der Stärkung Deutschlands mitzuwirken. Die großen Erfolge der 30er Jahre blendeten eben doch und wurden gern akzeptiert; die Gefahren und das Bedenkliche des Vorgehens und die fehlende Klarheit und Begrenzung der Zielsetzung unterschätzte oder verkannte man. So nahm der Verfall der deutschen Diplomatie seinen Lauf bis zum furchtbaren Ende, und selbst der konservative, auch von einigen Diplomaten mitgetragene Widerstand gegen Hitler schuldet seinen Mißerfolg teilweise auch dem Unvermögen, daß man es nicht fertigbrachte, sich bedingungslos über die eingefleischte Auffassung hinwegzusetzen, daß die äußere Stellung der Nation gewahrt bleiben müsse und daß man nichts gegen das eigene Land unternehmen dürfe.